



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras



JAHRES- BERICHT 2021

Impressum

Herausgeber

Schweizerischer Gemeindeverband, Laupenstrasse 35,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 380 70 00,
verband@chgemeinden.ch, www.chgemeinden.ch

Titelbild

Blick auf die Urner Gemeinde Attinghausen.
Quelle: Gemeinde Attinghausen

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	5
Der SGV schafft Resultate.....	6
Der SGV im Blickpunkt.....	8
Der SGV bezieht Position.....	10
Verbandsorgane.....	18
Neue Mitglieder und Mitgliederstatistik.....	21
Stiftung SGV.....	22
Jahresrechnung und Bilanz.....	23



Die Pandemie hallt nach. Nicht nur, aber auch zum Guten.

Gesellschaft, Wirtschaft und Politik durchleben weiterhin ausserordentliche Zeiten. Unter besten Freunden streitet man sich über Sinn und Unsinn von Impfungen. Staatliche Gelder unterstützen ganze Sektoren der Privatwirtschaft, und die Politik verfügt über Befugnisse wie nie zuvor. Die Welt scheint etwas aus den Fugen geraten. Umso wichtiger, gibt es die Gemeinden. Sie haben sich auch in der Krise als zuverlässige Partner erwiesen. Zahlreiche Evaluationen der Covid-Pandemie zeigen auf, dass die staatlichen Institutionen – und hier insbesondere die Gemeinden und Städte – während der ausserordentlichen Lage gut funktioniert haben. Grundsätzlich verdient der Staat deshalb ein gutes Zeugnis – auch wenn es noch viel zu verbessern gibt. Der Staat wird sich als lernfähig erweisen. Dafür werden wir uns als Kommunalverband auf Bundesebene einsetzen.

Politisch werden die Gemeinden die Pandemie noch lange spüren. Der Bundesrat hat beschlossen, dass alles, was öffentlich finanziert ist, durch die jeweilige Staatsebene zu tragen ist. Auf die Gemeinden werden deshalb weitere Kosten zukommen. Etwa im Bereich der Alters- und Pflegeheime. Oder aufgrund von Mindereinnahmen kommunaler Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen oder Hallenbäder. Zudem ist mittelfristig auch mit einem Anstieg der Sozialhilfe-Zahlen zu rechnen. Darauf müssen sich die Gemeinden vorbereiten. Der Schweizerische Gemeindeverband SGV unterstützt diesen Prozess. Mit praxisorientierten Publikationen wie dem Leitfaden für [«Finanzielle Steuerung von Gemeinden in besonderen Situationen»](#). Oder aber durch die politische Einflussnahme in wichtigen Bundesgeschäften. So konnte 2021 mit weiteren Partnern erreicht werden, dass die Mittel und Gerätschaften im Bereich der Pflege wieder durch die Versicherer bezahlt werden müssen.

Die Kraft des Guten liegt unter anderem darin, in schwierigen Zeiten auch das Positive zu sehen. So hat die Pandemie im Bereich der Arbeit einen digitalen Schub ausgelöst. Nach zwei Jahren arbeiten wir flexibler und effizienter von Zuhause aus. Das bedingt smarte Lösungen. Die Kooperation des SGV mit dem Verein «Myni Gmeind» beschreitet hier neue Wege. Zusammen mit der Privatwirtschaft sucht und findet der SGV für die Gemeinden digitale Lösungen mit Mehrwert. Wie erfolgreich die Zusammenarbeit ist, zeigen die Projekte [«Digitale Dorfstrasse Adelboden»](#) oder der neue [Lehrgang «Digital-Pionier»](#). Beide Projekte sind mit massgeblicher Unterstützung des SGV entstanden.

Den Weg der Zusammenarbeit will der SGV auch in Zukunft weitergehen. Immer den Mehrwert für die Gemeinden im Visier. Vielen Dank für die Unterstützung unserer Arbeit!

Hannes Germann, Ständerat
Präsident SGV



DER SGV SCHAFFT RESULTATE

Quelle: Shutterstock

Im Einsatz für mehr als 1500 Gemeinden – Erfolge 2021

Sich für die Anliegen der Gemeinden einzusetzen, stellt naturgemäss die Hauptaufgabe des Schweizerischen Gemeindeverbands dar. Dieses Ziel verfolgt der SGV Tag für Tag. Im Corona-Jahr 2021 führte dies unter anderem dazu, dass sich die Schweizer Gemeinden auch dank dem Einsatz des SGV nicht mehr an den Kosten für Pflegematerialien beteiligen müssen.

Corona-Hilfsmassnahmen kommen den Gemeinden zugute

Im Dossier «Krisenbewältigung» setzte sich der Schweizerische Gemeindeverband klar für die Covid-19-Vorlagen des Parlaments und damit für die Bereitstellung von mehreren Milliarden Franken an finanziellen Unterstützungsmassnahmen ein. Davon profitierten die Gemeinden einerseits direkt: So sprachen Parlament und Stimmvolk beispielsweise Gelder für den öV oder die Kultur. Bereiche also, die zu einem guten Teil von den Gemeinden finanziert werden. Die Gemeinden profitierten aber auch indirekt, indem etwa weniger Menschen Sozialhilfe beantragen mussten.

Kostensteigerung in der Sozialhilfe mindern

Zur Entlastung der Sozialhilfe hat der SGV im Jahr 2021 überdies Einsitz genommen in eine Projektgruppe, die sich mit der Entwicklung eines neuen Finanzierungssystems im Asylbereich beschäftigt. Die Kosten der Sozialhilfe werden bekanntermassen zu einem grossen Teil von den Gemeinden getragen, wobei das Thema die Schweizer Gemeinden auch in Zukunft noch stark betreffen dürfte.

Digitaler Stammtisch für den Erfahrungsaustausch

Gleiches gilt für die Digitalisierung. Oft zitiert, oft etwas theoretisch, hat der SGV dem Schlagwort ein Gesicht verliehen. Gemeinsam mit dem Verein «Myni Gmeind» organisieren der Schweizerische Gemeindeverband in regelmässigen Abständen sogenannte «Erfa-Stammtische». An diesem Erfahrungsaustausch lernen Gemeindevertreter

konkret, wie sich die Gemeindeverwaltung mithilfe digitaler Hilfsmittel einfacher und effizienter gestalten lässt. Zudem ist der SGV über zwei seiner Vorstandsmitglieder in die neue Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz» eingebunden.

«Cyber Safe» – Sicherheit auch im Netz

Mit steigendem Digitalisierungsgrad wächst aber auch das Risiko des Missbrauchs dieser neuen Technologien. In immer regelmässigeren Abständen werden auch Gemeindeverwaltungen Opfer von Cyber-Attacken. Zusammen mit weiteren Partnern hat der Schweizerische Gemeindeverband 2021 deshalb das Label «Cyber Safe» lanciert. Dieses bietet den Gemeindebehörden eine gute Grundlage, um sich vor Hacker-Attacken zu schützen.

Nützliche Publikationen zuhanden der Gemeindeverwaltungen

Hilfestellungen bot der SGV seinen Mitgliedern im Jahr 2021 zudem in den Bereichen Kommunale Finanzen und öffentliches Beschaffungswesen. Hier veröffentlichte der Verband einen nützlichen [finanzpolitischen Leitfaden in Krisenzeiten](#) sowie einige [Faktenblätter](#), die die Gemeindeverantwortlichen bei Fragen rund um die Beschaffungspraxis unterstützen. Durch die Mitarbeit an der Broschüre [«Gesundheitsförderung im Alter lohnt sich»](#) wird schliesslich aufgezeigt, was Gemeinden tun können, um die Lebensqualität älterer Menschen und damit auch die Gesundheitskosten entscheidend zu beeinflussen.

Verbandsmagazin online zugänglich

Die Aktivitäten des Schweizerischen Gemeindeverbands sind also äusserst vielfältig. Wer stets auf dem neuesten Stand bleiben möchte, kann sich über unsere neu gestaltete Webseite www.chgemeinden.ch auf dem Laufenden halten. Oder natürlich mit der Verbandszeitschrift «Schweizer Gemeinde». Auch sie ist seit dem Frühling 2021 als [Online-Magazin](#) zugänglich.



Quelle: SGV

NEWS

DER SGV IM BLICKPUNKT

Quelle: Shutterstock

Auch im Jahr 2021 war der SGV für die Medien ein gefragter Interviewpartner. Viel Resonanz fand etwa die Kritik unseres Verbandspräsidenten Hannes Germann, wonach die Gemeinden im Rahmen der Pandemiepolitik kaum angehört wurden. Zudem berichtete die Schweizer Presse im Zusammenhang mit dem SGV insbesondere in den Bereichen Sozialhilfe, Verkehr (Tageskarte Gemeinde, Mobility Pricing), Einbürgerungen sowie Digitalisierung (Cybersicherheit, Projekte Digikoop und digitaler Krisenkompass, Zusammenarbeit mit dem Verein Myni Gmeind). Auch zu einer allfälligen Einführung eines Gemeindemehrs bei Abstimmungen sowie zu den Folgen für die Gemeinden, sollte die Schweiz die EU-Unionsbürgerrichtlinie übernehmen, bezogen Vertreter des SGV medial Stellung.

Im Rahmen seiner Kommunikationsarbeit verfasste der Verband im vergangenen Jahr drei [Medienmitteilungen](#) und verschickte 18 [Newsletter](#). Via [LinkedIn](#), [Twitter](#) und [Facebook](#) ist der SGV überdies auch auf den Sozialen Medien

präsent. Vor allem aber ging im vergangenen Herbst eine komplett überarbeitete Version unserer Webseite online. Nun präsentiert sich www.chgemeinden.ch in einem hellen und modernen Design; eine übersichtliche Navigation erlaubt den raschen Zugriff auf gesuchte Inhalte. Die Rubrik [«Politikbereiche»](#) gliedert die wichtigsten politischen Gemeindedossiers thematisch, während sich im [«Newsroom»](#) die aktuellsten gemeinderelevanten Nachrichten einsehen und auch abonnieren lassen. Sämtliche Inhalte werden auch auf mobilen Geräten benutzerfreundlich dargestellt.

Schliesslich ging der SGV auch 2021 wiederum zahlreiche Medien- und Patronatspartnerschaften ein. Von diesen profitieren letztlich die Verbandsmitglieder, etwa durch Ermässigungen auf die Teilnahmegebühren von Tagungen, Kursen und Seminaren zu verschiedensten kommunalen Themen.



Quelle: SRF



Quelle: SRF



DER SGV BEZIEHT POSITION

Quelle: Shutterstock

Gesundheitswesen

Im Frühjahr setzte die Gesundheitskommission des Ständerats die Debatte über die einheitliche Finanzierung der Leistungen im stationären und im ambulanten Bereich (EFAS) fort. Ein Bericht des Innendepartements zeigt auf, dass eine Umsetzung innerhalb von sechs Jahren ab Beschluss realistisch ist. Der SGV teilt diese Einschätzung.

Der SGV setzte sich 2021 schriftlich und im Rahmen einer Anhörung für den Einbezug der Pflege in die EFAS ein. Damit können Fehlanreize im System eliminiert und die Schieflage in der Pflegefinanzierung korrigiert werden. In Abstimmung mit den Verbänden der Leistungserbringer sowie mit dem Städteverband forderte der SGV das Parlament auf, zeitnah einen Entscheid zu treffen und eine verbindliche Frist für den Einbezug der Pflege in die Vorlage zu verankern. Aufgrund der Covid-Themen ist die Detailberatung im Ständerat allerdings auf das nächste Jahr verschoben worden.

Weiter engagierte sich der SGV im Berichtsjahr dafür, dass die vom Parlament getroffene neue Regelung zur Vergütung von Pflegematerial rasch und ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden kann. Für die Gemeinden gilt nun eine Übergangsfrist bis zum 1. Oktober 2022. Ab diesem Zeitpunkt übernehmen wieder die Versicherungen sämtliche Kosten für das Pflegematerial. Damit die entsprechenden Produkte durch die Obligatorische Krankenversicherung vergütet werden, waren die Leistungserbringer aufgefordert, die entsprechenden Anträge beim Bundesamt für Gesundheit einzureichen. Am runden Tisch mit dem BAG brachte der SGV die Gemeindeperspektive ein.

Daneben setzte der SGV die Zusammenarbeit mit dem BAG und den wichtigen Stakeholdern im Gesundheitswesen in den Gremien «Roadmap Pflegefinanzierung» und dem «Forum Medizinische Grundversorgung» fort. Schliesslich waren auch die Themen Gesundheitsförderung

und Prävention mit verschiedenen Beiträgen in der Zeitschrift «Schweizer Gemeinde» sowie auf weiteren Kanälen präsent. Unter Mitwirkung des SGV entstand so etwa die Broschüre [«Gesundheitsförderung im Alter lohnt sich»](#).

Covid-19-Gesetz

Die Corona-Krise prägte auch im zweiten Jahr der Pandemie die Schweizer Politik. Gleich zweimal kam es zu Abstimmungen über die Covid-19-Gesetzgebung. Das Gesetz trägt massgeblich zur Entlastung der kommunalen Ebene bei, indem es die Finanzhilfen des Bundes für Arbeitnehmende und Wirtschaft regelt. Für einen klar begrenzten Zeitraum erhält der Bundesrat zusätzliche Kompetenzen, um die Krise in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu bewältigen. Der SGV fasste daher im Hinblick auf beide Abstimmungen die Ja-Parole und zeigte sich erfreut über die deutliche Zustimmung von Volk und Ständen. Nun ist gewährleistet, dass die vom Parlament gesprochenen Unterstützungsmassnahmen im Umfang von mehreren Milliarden Franken fortgeführt werden können.

Steuerwesen

Auf Bundesebene stehen zurzeit verschiedene steuerpolitische Grosseprojekte an, die für die fiskalischen Haushalte der Gemeinden beträchtliche Risiken mit sich bringen. Allein durch einen allfälligen Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung, also die Abschaffung des Eigenmietwerts, würden Kantone und Gemeinden pro Jahr rund 1,34 Milliarden Franken verlieren. Um einem solch hohen Einsatz zustimmen zu können, wäre ein beträchtlicher politischer Mehrwert vonnöten. Über diesen wurde 2021 im Parlament kontrovers diskutiert; die Debatte geht 2022 weiter.

Ein zweites grosses Fiskalprojekt stellt die Umsetzung der OECD-Steuerreform dar. Internationale Grosskonzerne sollen auf Gewinne einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent bezahlen. Die Anhebung des Steuertarifs bringt dem Staat zwar Mehreinnahmen, birgt aber auch die Gefahr eines Verlusts von Standortvorteilen.

Zudem führen höhere Steuereinnahmen auch zu Verteilfragen unter den Kantonen. Diese müssen via Nationalem Finanzausgleich NFA geführt werden. Und auch die Gemeinden als Standorte der betroffenen Firmen werden von der Reform teils stark betroffen sein. Zusammen mit den Kantonen und den Städten beteiligt sich der SGV deshalb in den spezifischen Arbeitsgruppen und am höheren Steuergremium unter Führung des Eidgenössischen Finanzdepartements.

Kommunale Finanzen

Die Corona-Pandemie stellt die öffentlichen Haushalte vor grosse Herausforderungen. Immerhin: 2021 waren die öffentlichen Finanzen von der Pandemie noch nicht so stark betroffen wie befürchtet. Die üppigen Härtefallgelder, die fortwährende Kurzarbeitsentschädigung sowie weitere



Quelle: Shutterstock

Unterstützungsmassnahmen sorgten dafür, dass sich die finanziellen Ausfälle in den Gemeinderechnungen noch stark in Grenzen hielten.

Gerade im Alters- und Pflegebereich, sowie in den Bereichen Sozialversicherungen und Sozialhilfe ist aber für die nahe Zukunft von einem anderen Szenario auszugehen. So werden in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ab 2022 verschiedene Restkosten auf die Gemeinden zukommen; mit dem allmählichen Wegfall der staatlichen Unterstützungsleistungen wird die Sozialhilfeabhängigkeit absehbar ansteigen. Hinzu kommt der Migrationsbereich: Hier fallen die Integrationsgelder des Bundes nach fünf respektive sieben Jahren weg, was viele beruflich und gesellschaftlich nicht integrierte Migrantinnen und Migranten zu den Sozialämtern führt.

Der SGV versucht hier auf Bundesebene durch gezielte finanzpolitische Forderungen Gegensteuer zu geben. So setzte er sich etwa für Unterstützungsgelder in den kommunalen Bereichen Kultur und öffentlicher Verkehr ein. Der SGV investiert aber auch in die finanzpolitischen Kompetenzen der Gemeindeverantwortlichen und publizierte 2021 zusammen mit der Beratungsgesellschaft BDO und der Fachhochschule Graubünden einen finanzpolitischen [Leitfaden in Krisenzeiten](#).

Wohnen

Im Frühjahr stimmte das Parlament dem Rahmenkredit für die Wohnraumförderung 2021-2027 zu. Der SGV unterstützte das Anliegen, da eine gute Versorgung mit preisgünstigen und bedürfnisgerechten Wohnungen für die Gemeinden und Städte wichtig ist.

Öffentliches Beschaffungswesen

Mit dem Ziel, die öffentlichen Beschaffungsstellen in der Umsetzung des revidierten öffentlichen Beschaffungsrechts zu unterstützen, erarbeiten der SGV, der Schweizerische Städteverband, die BPUK sowie der Bund derzeit einen gemeinsamen Beschaffungsleitfaden, genannt [TRIAS](#). Dieser soll als schlankes und praxistaugliches Instrument mit einem massvollen Detaillierungsgrad daherkommen und die wichtigsten Informationen zum Beschaffungsprozess liefern.

In einem ersten Teil wurden Faktenblätter zu ausgewählten Themen erarbeitet und einem breiten Adressatenkreis zur Stellungnahme unterbreitet. Die Auswertung zeigt: Die Faktenblätter treffen eine gute Flughöhe und wurden für die Beschaffungspraxis als hilfreich eingestuft. Die Faktenblätter wurden im vierten Quartal 2021 veröffentlicht; sie sind für alle Interessierten auf der Webseite [www.trias.swiss](#) einsehbar. Der SGV und seine Partner empfehlen die Faktenblätter TRIAS als ergänzendes Hilfsmittel einerseits in der Beschaffungspraxis, andererseits aber auch zur Schulung des Personals. Der eigentliche Beschaffungsleitfaden soll Ende 2022 veröffentlicht werden.



Quelle: Unsplash

Energie

Die Energiestrategie 2050 befindet sich weiterhin in Umsetzung. Sie bezweckt die Senkung des Energieverbrauchs, die Erhöhung der Energieeffizienz sowie die Förderung erneuerbarer Energien. Zudem verbietet sie den Bau neuer Kernkraftwerke, während der Rückbau bestehender (z. B. Mühleberg) vorangetrieben wird. Die Herausforderungen für die Gewährleistung einer auf lange Sicht gesicherten Stromversorgung in der Schweiz wandeln sich ständig. Deshalb steht der SGV in engem Kontakt zur Konferenz der Kantonalen Energiedirektoren (EnDK), deren Arbeiten er begleitet.

CO₂-Gesetz: Um die Planungssicherheit für die Gemeinden zu gewährleisten, unterstützte der SGV-Vorstand das CO₂-Gesetz. Die vom Parlament verabschiedete Vorlage sah eine pragmatische Umsetzung der Energiestrategie des Bundes vor. Sie hätte den Gemeinden bezüglich Klima- und Energieziele grössere Planungs- und Umsetzungssicherheit gewährleistet und via Klimafonds grosse finanzielle Unterstützung geboten. Nach dem negativen Volksentscheid beschloss das Parlament, die bestehenden Massnahmen bis 2024 zu erstrecken, um Gesetzeslücken zu vermeiden.

Umwelt

Der verstärkte Umweltschutz und die Auswirkungen neuer Massnahmen auf andere Gebiete wie Gesundheitsschutz, Raumplanung und Mobilität stellten im Berichtsjahr wichtige Fragestellungen dar. Die politische Arbeit wurde von zahlreichen eingereichten Volksinitiativen bestimmt, die eine Beschleunigung im Umwelt- und Landschaftsschutz fordern.

Die Gemeinden nehmen den Umwelt- und Landschaftsschutz wahr, indem sie die Vorgaben von Bund und Kantonen umsetzen, aber auch Eigeninitiative entwickeln. Es ist wichtig, dass die kommunale Ebene ihre Entwicklung in Übereinstimmung mit den lokalen Bedürfnissen fortsetzen kann. Deshalb wacht der SGV insbesondere darüber, dass der Gesetzesrahmen dies auch weiterhin ermöglicht. In diesem Sinne sprach sich der SGV gegen quantitative Schutzziele im Gesetzesrahmen aus, weil diese den Gemeinden nicht den nötigen Handlungsspielraum für eine angemessene Entwicklung bieten würden.

Unter Dach und Fach kam 2021 zudem die Gesetzesvorlage zur Reduktion der Pestizide. Der SGV unterstützte eine Regelung auf Gesetzesstufe, kritisierte aber insbesondere die fehlende finanzielle Mitverantwortung des Bundes. Die zum Schutz des Trinkwassers vorgesehenen Massnahmen belasten damit hauptsächlich die kommunalen Abwasserreinigungsanlagen.

Nachhaltigkeit

Der SGV arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen zur Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie auf kommunaler Ebene mit und verteidigt die Rolle der Gemeinden als innovative Versuchslabors. Sehr viele Gemeinden verfügen bereits über eine Nachhaltigkeitsstrategie, die in den meisten Fällen von ihrem Standortkanton unterstützt und gefördert wird. Auch der Bund hat eine Strategie Nachhaltige Entwicklung für seine Organe skizziert. Diese konkretisiert die Zielsetzungen und Schwerpunktthemen der Schweiz. Im Mai 2021 war der SGV Partner des Forums Nachhaltige Entwicklung. Bei dieser Gelegenheit strich SGV-Direktor Christoph Niederberger die zahlreichen Massnahmen heraus, welche die Gemeinden initiiert haben.

Raumplanung

Das Jahr 2021 stand ganz im Zeichen der Arbeiten zur zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG2). Diese Arbeiten des Bundes wirken sich ganz direkt auf die Gemeinden aus und werden sich lokal in der kommunalen Nutzungsplanung niederschlagen. Der SGV begleitete weiterhin die zahlreichen Debatten in den parlamentarischen Kommissionen, die schon 2020 aufgenommen worden waren. Zudem war er bei der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) aktiv. Diese wurde direkt in die Parlamentsarbeit miteinbezogen, um zu gewährleisten, dass sich der Gesetzesentwurf sinnvoll umsetzen lässt.

Des Weiteren begrüsst der SGV den Entscheid des Parlaments, die Koordination der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete weiter voranzutreiben und mit einem Aktionsplan zu konkretisieren.

Gleichzeitig beschäftigte sich der SGV auch mit der Nutzung des Untergrundes. Diese nimmt aus verschiedenen Gründen zu: Energieproduktion (Wärmepumpen) oder Mobilität und Transport («Cargo souterrain», Tiefgaragen). Deshalb muss der Untergrund besser erforscht und bewahrt werden.

Mobilität

Im Berichtsjahr suchte die Politik nach Lösungen für die transportbedingten Immissionen. Mit den Pilotprojekten für ein Mobility Pricing soll der Verkehr in den Innenstädten drastisch reduziert werden. Das Ziel ist interessant, doch sind die Nebenwirkungen, besonders für Agglomerationen und Randregionen, gross und werden kaum berücksichtigt.

Ebenfalls zur Senkung der Immissionen wurde das 2017 initiierte Projekt zur Förderung der E-Mobilität ausgebaut und verlängert. Auf Initiative der Vorsteherin des UVEK, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, steckte der Bund neue, ehrgeizigere Ziele, um eine boomende Technologie zu fördern und eine CO₂-freie Mobilität zu ermöglichen.

Der Orts- und der Regionalverkehr sind Schlüsselemente für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Deshalb müssen sie gerade in der wirtschaftlich heiklen Lage, in der sich die Transportunternehmen pandemiebedingt befinden, unterstützt werden. In der Parlamentsdebatte bezog der SGV Stellung, erinnerte an die Bedeutung dieser Verkehrsarten und verlangte, dass der Bund auch für den Ortsverkehr Mittel spricht, um einen längerfristigen Angebotsabbau zu vermeiden.

Veloweggesetz

Als Folge der im Jahr 2018 angenommenen Veloinitiative debattierte das Parlament im letzten Jahr über die Umsetzung des Veloweggesetzes. Mittels einer Planungspflicht für Kantone und Gemeinden will der Bundesrat eine möglichst durchgehende Veloweg-Infrastruktur gewährleisten. Bereits heute bestehen in vielen Kantonen integrale Planungsgrundlagen, die den Veloverkehr einschliessen. Grundsätzlich rennt das neue Gesetz also offene Türen ein.

Als Erstrat stimmte im Herbst der Ständerat der Vorlage zu. Diese sieht keine finanzielle Unterstützung seitens Bund vor; gleichzeitig sollen die Veloverbände ein Beschwerderecht erhalten. Nach Ansicht des SGV besteht hier ein offensichtlicher Interessenkonflikt zwischen fachlichem Beratungsmandat und politischer Beteiligung. Der SGV setzt sich daher für eine konsequent föderale Umsetzung der Veloförderung ein, die den Kantonen und Gemeinden den nötigen Handlungsspielraum lässt. Das neue Veloweggesetz sollte in diesem Jahr endgültig verabschiedet werden.



Quelle: Unsplash

Post und Service public

2021 befasste sich das Parlament mit dem Postorganisationsgesetz (POG). Gegenstand der Beratung war die Finanzierung und mögliche Neuorganisation der Postfinance. Nebst der Auflösung des Hypothekar- und Kreditverbots schlug der Bundesrat dabei auch die Privatisierung der Postfinance vor. Parallel dazu arbeitete eine Experten-Gruppe an einem neuen postalischen Service public, der unter anderem die Digitalisierung mit einschliessen soll.

Im Rahmen der parlamentarischen Anhörung vertrat der SGV die Haltung, dass erst einmal klar sein müsste, wie der postalische Service public definiert wird, bevor die Neuorganisation der Postfinance als Finanzierungsquelle ebendieses Service public diskutiert werden kann. In diesem Sinne plädierte der Verband für eine Verschiebung der Revision des POG, um beide Fragen zusammen diskutieren zu können. Schon jetzt ist aber klar: Grundsätzlich betrachtet der SGV eine staatliche oder private Postbank kritisch. Im Bereich des Bankengeschäfts liegt aus Sicht der Gemeinden kein Marktversagen vor. Die Kantonal- und Regionalbanken decken den Markt umfassend ab.

Der postalische Service public bleibt für den SGV aber zentral. Nach jahrelangem Abbau der physischen Postinfrastruktur und diverser Dienstleistungen (jüngst jene der Leerungszeiten von Briefkästen auf Gemeindegebiet) darf kein weiterer Abbau in diesem Bereich stattfinden. Obwohl die Gemeinden viele der Reformschritte mitgetragen haben, muss die Post ihr Tempo an die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft anpassen. Der SGV setzt sich hier weiterhin als politischer Faktor in Bundesbern sowie als Teil der Dialoggruppen Bund und Post für einen starken und modernen, aber auch echten und bezahlbaren postalischen Service public ein.

Familienergänzende Kinderbetreuung

2023 laufen die Finanzhilfen des Bundes zur Unterstützung von Kantonen und Gemeinden im Vorschulbereich aus. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) will die entsprechende Anstossfinanzierung nun in eine stetige Unterstützung überführen. Im Rahmen der Anhörung im August 2021 äusserte sich der SGV aufgrund föderalistischer Bedenken kritisch zur Vorlage, lehnte diese aber nicht ab.

Der SGV kann eine Verstärkung der Bundesbeiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung, wie durch eine Parlamentarische Initiative vorgesehen, unter gewissen Bedingungen unterstützen. So ist die bisherige Kompetenzaufteilung beizubehalten. Gemeinden und Kantone sind die Hauptakteure – dem Bund kommt eine subsidiäre Rolle zu. Steuerungsparameter und sämtliche qualitative Elemente sind zwingend gemeinsam mit den Kantonen und Gemeinden auszuarbeiten.

Im Wissen, dass die Umsetzung der frühen Förderung und familienexternen Kinderbetreuung den Kantonen und Ge-

meinden obliegt, ist ein koordiniertes Vorgehen essentiell. Der Einbezug der kantonalen und kommunalen Ebene von Beginn an ist notwendig, um die Umsetzbarkeit der Vorlage zu gewährleisten. Gemeinsam mit seinen Partnern gelangte der SGV mit diesen Grundsätzen an die WBK-N. Seither ist er eng in die Prüfung verschiedener Modelle, unter anderem zur Schaffung neuer Betreuungsplätze sowie zur Senkung der Elterntarife, eingebunden. Ein erster Entwurf der Vorlage soll im Frühjahr 2022 vorliegen.

Berufsbeistandschaften

In der Schweiz werden gut 90 000 schutzbedürftige Kinder und Erwachsene von 2500 Berufsbeistandspersonen begleitet. Damit diese Berufsbeistandspersonen optimal arbeiten und die schutzbedürftigen Personen noch besser unterstützen können, hat die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz [Empfehlungen](#) zur Organisation und der Weiterentwicklung der Berufsbeistandschaften verabschiedet.

Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Empfehlungen spielen die Gemeinden – werden die Berufsbeistandschaften doch in rund der Hälfte der Kantone von diesen organisiert. Aus diesem Grund war auch der SGV eng in die Ausarbeitung der Empfehlungen eingebunden. Aus Sicht des SGV bieten sie eine nützliche Orientierung, insbesondere für kleine und mittelgrosse Dienste, und unterstützen diese in der Überprüfung und strukturellen Weiterentwicklung der Berufsbeistandschaften. Zudem lassen sie den Gemeinden bei der konkreten Umsetzung den nötigen Handlungsspielraum. Formuliert wird ein professioneller Standard, der innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre in sämtlichen Regionen der Schweiz umgesetzt werden soll.

Asylwesen

2021 haben Bund und Kantone die Integrationsagenda Schweiz, die auf eine rasche und nachhaltige Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen



Quelle: SGV

abzielt, zur Umsetzung freigegeben. Der SGV war in der Projektgruppe zur Entwicklung eines neuen Finanzierungssystems im Asylbereich vertreten.

Die Gemeinden sind wichtige Schlüsselakteure in der Integrationsarbeit. Sie engagieren sich dafür, dass sich hier lebende Ausländerinnen und Ausländer in der lokalen Sprache verständigen und in der Arbeitswelt Fuss fassen können. Damit kann einer Abhängigkeit von der Sozialhilfe, die zum grössten Teil von den Gemeinden getragen wird, entgegengewirkt werden. Die Gemeinden sind daher frühzeitig in die Integrationsförderung von Bund und Kantonen einzubeziehen. Der SGV unterstützt das neue Finanzierungssystem und begrüsst insbesondere den klaren Fokus auf die Berufsbildung sowie auf die Beseitigung kontraproduktiver Anreize im aktuellen System.

Der SGV spricht sich jedoch gegen die vorgeschlagene kostenneutrale Umstellung zum neuen System – und insbesondere gegen eine Senkung der finanziellen Beteiligung des Bundes – aus. Mit den vorgesehenen Anpassungen erhalten die Kantone zwar für mehr Personen finanzielle Beiträge, doch der Betrag pro Kopf wäre kleiner. Der SGV befürchtet deshalb unerwünschte Kostenverschiebungen hin zu den Kantonen und Gemeinden. Dabei werden diese in den kommenden Jahren aufgrund des Wechsels der Zuständigkeiten bei den Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen ohnehin bereits mit Mehrkosten im Bereich der Sozialhilfe konfrontiert sein.

Kultur

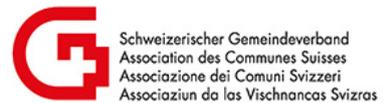
Mit einer Beteiligung von 51 Prozent sind Städte und Gemeinden die grössten Kulturförderer seitens der öffentlichen Hand. Sie tragen somit in erheblichem Mass dazu bei, professionelles Kulturschaffen, Anlässe in der Laienkultur oder den Betrieb von Kulturinstitutionen zu ermöglichen. Auf Initiative des SGV wurden im Frühjahr 2021 rund 30 Städte und Gemeinden zur kommunalen Kulturförderung befragt. Die Befragung war Teil der vom Bundesamt für Kultur in Auftrag gegebenen Studie über den Einfluss der Urbanisierung in der Schweiz auf die kantonale und kommunale Kulturförderung.

Die Studie bestätigte eindrücklich, dass in urbanen Gebieten, dem ländlichen Raum und dem Berggebiet eine grosse kulturelle Vielfalt existiert. Das Angebot im städtischen Raum zeichnet sich grundsätzlich durch eine grössere Dichte, mehr professionelles Kulturschaffen sowie eine entsprechend ausgebaute kulturelle Infrastruktur aus. Im ländlichen Gebiet wird das kulturelle Leben stärker von kleineren Initiativen, örtlichen Laienvereinen und gelebten Traditionen getragen.

Im Rahmen der parlamentarischen Debatte in der Wintersession 2021 setzte sich der SGV für die vom Bundesrat vorgeschlagene Verlängerung der Kulturmassnahmen im Covid-19-Gesetz ein. Mit Erfolg – die eidgenössischen Räte haben die Änderung des Covid-19-Gesetzes in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. Die Unterstützungsmassnahmen des Bundes und der Kantone tragen wesentlich dazu bei, die kommunale Ebene zu entlasten.



in Partnerschaft mit



Quelle: SGV

Digitale Infrastruktur

In der Sommersession beauftragte das Parlament den Bundesrat mit der Ausarbeitung einer nationalen Hochbreitbandstrategie. Aus Sicht des SGV ist dies zu begrüssen. Eine flächendeckende Grundversorgung mit Hochbreitband, insbesondere auch in ländlichen Regionen und im Berggebiet, ist für die Gemeinden wichtig. Sie muss aber konzeptionell Sinn machen und für die kommunalen Netzbetreiber finanzierbar bleiben. Hierfür benötigt es einen strategischen Ansatz, welcher mit der Annahme eines Postulats im Juni 2021 denn auch sichergestellt wurde.

Digitale Verwaltung

Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung auch im Gemeindebereich beschleunigt. Vielerorts wurde das Arbeiten von Zuhause aus zur Normalität – auch in den Gemeindeverwaltungen. Selbst Gemeinderatssitzungen wurden per Videokonferenz abgehalten. Mittlerweile ist es absehbar, dass in Zukunft über digitale Konferenz-Lösungen auch geheime Abstimmungen, zum Beispiel in Parlamenten, durchgeführt werden können. Zusammen mit dem Verein «Myni Gmeind» leistet der SGV hier konkrete Hilfestellung. Nicht zuletzt über die wertvollen Erfahrungsaustausch-Konferenzen ([Erf-Stammtische](#)), die regelmässig mit einer grösseren Anzahl Interessierter aus dem Gemeindebereich durchgeführt werden konnten. Dort werden best practice-Beispiele, spezifische fachliche Themen und Lösungen aus dem Bereich Digitalisierung vorgestellt und diskutiert.

Fortgeführt wurde im Jahr 2021 die Digitalisierung der amtlichen Publikation ([Projekt ePublikation](#)). Nebst dem Kanton Zürich interessieren sich nun auch weitere Kantone und Gemeinden für die digitale Plattform «Amtsblattportal für Kantone / ePublikation für Gemeinden». Die nächste Herausforderung wird sein, die Plattform auf eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft zu bringen, die durch die Kantone getragen wird. Der SGV sitzt in diesen Trägergremien für die kommunale Ebene ein und übernimmt somit eine Brückenfunktion für alle Gemeinden und Städte.

Um solche und weitere Projekte im Bereich eGovernment zu fördern, wurde neu die Organisation Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) gegründet. Der SGV nimmt in deren Steuerungs- und Führungsgremien mit den beiden Vorstandsmitgliedern Boris Tschirky und Gérald Strub Einsitz. Die offiziellen Arbeiten der DVS starten 2022.

Cybersicherheit

Mehrere Gemeinden wurden 2021 Opfer von Hacker-Attacken. Was bis anhin mehr aus der Privatwirtschaft bekannt war, betrifft nun auch den öffentlichen Sektor: Als Hüter wichtiger und sensibler Daten rücken die Gemeinden mehr und mehr in den Fokus von Cyberkriminellen. Der Staat und auch der SGV haben auf die neuen Bedrohungen reagiert. Gemeinsam mit den Kantonen und dem Bund befassen sich die Gemeinden im Sicherheitsverbund der Schweiz mit dem Thema Cybersicherheit.

So wurde 2021 zusammen mit verschiedenen Pilotgemeinden das Label «Cyber Safe» eingeführt. Dieses soll den Gemeindeverwaltungen dabei helfen, sich gegen Cyberbedrohungen zu wappnen. Zusammen mit dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit wurden Veranstaltungen und spezifische Aktionen durchgeführt, um das Thema auf Gemeindeebene zu lancieren. Zudem publizierte der SGV zuhänden seiner Mitglieder einen Leitfaden der Kantonspolizei Bern.

Wichtig für den SGV ist aber auch der Miteinbezug von privaten IT-Firmen. Diese sichern das Arbeitsumfeld zahlreicher Gemeinden. Hier besteht ebenfalls eine wichtige Transformationsmöglichkeit für Kompetenzaufbau und Sensibilisierung. Der SGV ist an dieser Stelle sehr aktiv und bindet private IT-Firmen bewusst ins strategische Netzwerk sowie in die nationale Informationskampagne ein.

Zeitschrift «Schweizer Gemeinde»

Wenn die Schweiz 50 Jahre Frauenstimmrecht feiert, schaut auch unser Verbandsmagazin «Schweizer Gemeinde» genauer hin: Wie steht es heute um die Beteiligung der Frauen in der Milizpolitik, wieviele Frauen sind an der Spitze einer Gemeinde engagiert? Diesen Fragen hat die Redaktion gleich das erste Fokusthema des Jahres 2021 gewidmet. Der ernüchternde Befund, dass der Frauenanteil in kommunalen Exekutiven nur knapp 16 Prozent beträgt, ist erst recht Anlass dafür, nach Gründen für diese Situation zu suchen. Und natürlich nach Lösungsansätzen, wie es dem Ansatz des Magazins entspricht. Sie sind nachzulesen in der Februarausgabe 2021 und werden Thema bleiben. Damit künftig über erfreulichere Prozentzahlen berichtet werden kann.

Die «Schweizer Gemeinde» hat 2021 zwei weitere nationale Schwerpunkte eng aus der kommunalen Warte begleitet: Die Abstimmungen über die elektronische ID sowie über das CO₂-Gesetz. Klima- und Energiepolitik stehen ganz zuoberst auf der Agenda der Schweizer Städte und Gemeinden; nach dem Volks-Nein ist der kommunale Weg zu «Netto Null» nicht einfacher geworden. Ähnliches kann nach der Ablehnung der E-ID gesagt werden. Die Ansprüche der Bevölkerung an eine digitalisierte Verwaltung sind im Zuge der Covid-Pandemie noch gewachsen.

Die «Schweizer Gemeinde» hat 2021 nicht nur den Fokus auf Beispiele smarterer Gemeinden gerichtet, sondern gleich selber den Schritt zu einer kostenlosen [Digitalversion](#) gemacht: Seit April 2021 gibt es zusätzlich zur Printversion auch drei Webmagazine, auf deutsch, französisch und italienisch. So wurden auf Wunsch aus den Gemeinden PDF-Funktionen und ein PDF-Archiv eingerichtet. Trotz der Systemumstellung hat die Redaktion im gewohnten Umfang insgesamt zehn Magazine produziert, eines davon als Sonderheft zu 5G. Und trotz Corona litt das SGV-Magazin nicht unter Insetrateschwund, sondern hielt sich auch finanziell erfreulich gut. Die durchschnittliche Printauflage betrug übrigens 3382 Exemplare pro Ausgabe.

Der SGV hat im Berichtsjahr an folgenden parlamentarischen Anhörungen teilgenommen:

- Anhörung zur einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen der Krankenversicherung (EFAS), SGK S, April 2021
- Anhörung zur parlamentarischen Initiative 21.403 (Verstetigung der Anstossfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung), Subkommission WBK-N, August 2021
- Anhörung zum Systemwechsel beim Eigenmietwert, WAK-N, Oktober 2021
- Anhörung zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes, KVF-S, November 2021

Der SGV hat im Berichtsjahr zu folgenden Geschäften Stellung genommen:

Schweizerische Bundeskanzlei

- Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (VEleS), August 2021

Eidgenössisches Departement des Innern

- Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV), März 2021
- Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose, Februar 2021
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Prämienverbilligung) als indirekter Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)», Februar 2021
- Revision der Verordnung über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Januar 2021

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

- Verlängerung der Covid-19-Verordnung Asyl, April 2021
- Neues Finanzierungssystem Asyl; Ausrichtung von Sprachnachweisen in ausländer- und bürgerrechtlichen Verfahren auf die schweizerischen Verhältnisse, Oktober 2021
- Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2020/493 über das System über gefälschte und echte Dokumente online (FADO) und Änderung des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands), März 2021
- Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche, Januar 2021

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

- Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG), September 2021

Eidgenössisches Finanzdepartement

- Übergangsbestimmung zum Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben, März 2021

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

- Roadmap Elektromobilität 2022, September 2021
- Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing, Mai 2021
- Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022, Juni 2021
- Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)», Juli 2021
- Zweites Massnahmenpaket zur Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise, September 2021
- Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung, Anhang 1 und Anhang 2, November 2021
- Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030, Februar 2021
- Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2022-2025, Januar 2021

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

- Verordnungspaket Parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren», August 2021
- Teilrevision Raumplanungsgesetz (2. Etappe mit Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative), September 2021
- OR (Mietrecht): Umsetzung von vier parlamentarischen Initiativen zum Mietrecht, Dezember 2021

Die Stellungnahmen des SGV lassen sich [hier](#) (deutsch) und [hier](#) (französisch) nachlesen.



VERBANDS- ORGANE

Generalversammlung 2021

Die 68. Generalversammlung des SGV fand aufgrund der Corona-Pandemie erneut im schriftlichen Verfahren statt. Der informelle Teil der GV wurde am 10. Juni 2021 passend zum Thema «Digitalisierung in den Gemeinden» online im Rahmen der ersten Suisse Public SMART, einem Messeformat der Bernexpo, durchgeführt.

Dabei betonte Ständerat und SGV-Präsident Hannes Germann die Bedeutung der Digitalisierung. Angetrieben durch die Pandemie, sei Homeoffice auch für Gemeindeangestellte möglich geworden. Sitzungen und Gemeindeversammlungen konnten plötzlich im Videokonferenz-Modus abgehalten und Gemeinde-Apps als digitale Kommunikationsplattformen vis-à-vis der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden.

Zum Programm der Generalversammlung gehörte zudem eine Podiumsdiskussion, moderiert von Michelle Renaud, Gemeinderätin von Trub BE. Rasch entwickelte sich unter den Teilnehmenden eine lebhafte Diskussion: Die Bürgerinnen und Bürger würden von den Gemeinden dieselben digitalen Services, die sie auch aus der Privatwirtschaft kennen, erwarten, stellte Hannes Germann fest. Demnach sollten die Dienstleistungen möglichst einfach zu beziehen sein. Und Gérald Strub, Gemeindepräsident von Boniswil AG, ergänzte, dass digitale Behördendienstleistungen so einfach zugänglich sein müssten wie eine Zalando-Bestellung. Die Digitalisierung sei für Gemeinden nicht neu – doch die Ansprüche der Kunden wollten erkannt werden.

Die Aargauer alt Ständerätin Pascale Bruderer plädierte ebenfalls dafür, Projekte zu wagen und weiterzuentwickeln. Das Rad müsse aber deswegen nicht jedes Mal neu erfunden werden. Vielmehr gehe es darum, voneinander zu lernen und von bereits vorhandenen Erkenntnissen zu

profitieren. Claudine Wyssa, Gemeindepräsidentin von Bussigny VD und SGV-Vizepräsidentin, wies ihrerseits darauf hin, dass es in den Gemeinden bezüglich Digitalisierung einige Unterschiede gebe. Der Kanton Waadt zähle auch viele kleinere Gemeinden. Für sie sei die Digitalisierung oft viel schwieriger zu bewältigen. Wyssa sprach zudem über «Cyber Safe», das Schweizer Cybersecurity Label, das die Gemeinde Bussigny erworben hat.

Thomas Baur, Geschäftsleitungsmitglied der Schweizerischen Post, verwies sodann auf die Bedeutung gegenseitiger Zusammenarbeit. Nur dadurch würden sich nachhaltige Erfolge einstellen. Die Post stünde den Gemeinden dabei als verlässlicher Partner zur Verfügung.

Währenddessen verlief das schriftliche Verfahren zum statutarischen Teil der Generalversammlung reibungslos. Die Delegierten unterstützten sämtliche Anträge des Vorstands. Positiv hervorzuheben war die Stimmbeteiligung: Sie lag bei 23,8 Prozent (366 von 1538 Mitgliedern) und war damit noch einmal leicht höher als im Jahr zuvor. Die Delegierten hiessen die statutarischen Geschäfte (Protokoll der Generalversammlung 2020, Jahresbericht 2020, Jahresrechnung 2020, und Mitgliederbeiträge 2022) gut und erteilten dem Vorstand damit die ordentliche Entlastung. Die Generalversammlung stimmte schliesslich dem Antrag des Vorstands zu, das Revisionsmandat für das Rechnungsjahr 2021 an die Firma «Schönenberger Die Treuhänder AG» von Muri bei Bern zu vergeben.

Die nächste Generalversammlung ist auf den 19. Mai 2022 angesetzt. Sie findet in Yverdon-les-Bains VD statt.



Podiumsdiskussion zum Thema «Digitalisierung in Gemeinden» vom 10. Juni 2021.
Von links: Claudine Wyssa, Hannes Germann, Thomas Baur und Gérald Strub.

Quelle: SGV

Vorstand

Präsident

Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Vizepräsidium

Claudine Wyssa, Gemeindepräsidentin Bussigny (VD)

Jörg Kündig, Gemeindepräsident Gossau (ZH)

Vorstand

Beat Bucheli, Gemeindepräsident
Werthenstein (LU)

Stéphane Coppey, Gemeindepräsident Monthey (VS)

Felice Dafond, Gemeindepräsident Minusio (TI)

Dr. Rudolf Grüninger, Basel

Jean-Michel Karr, Gemeinderat Chêne-Bougeries (GE)

Carmelia Maissen, Gemeindepräsidentin
Ilanz/Glion (GR)

Jürg Marti, Gemeindepräsident Steffisburg (BE)

Irène May, Gemeindepräsidentin Ingenbohl (SZ)

Roberta Pantani Tettamanti, Vizegemeindepräsidentin
Chiasso (TI)

Priska Seiler Graf, Nationalrätin, Stadträtin Kloten (ZH)

Gérald Strub, Gemeindeammann Boniswil (AG)

Boris Tschirky, Gemeindepräsident Gaiserwald (SG)

Christian Zuber, Gemeindepräsident Soyhières (JU)

Geschäftsstelle

Christoph Niederberger, Direktor

Claudia Hametner, stv. Direktorin, Leiterin Politik-
bereiche Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

Fabiola Kummer, Leiterin Administration und Buch-
haltung

Denise Lachat, Chefredaktorin «Schweizer Gemeinde»
(bis Dezember 2021)

Mireille Guggenbühler, redaktionelle Mitarbeiterin
«Schweizer Gemeinde» (ab August 2021)

Manon Röthlisberger, Projektleiterin Politikbereiche
Energie, Raumplanung, Umwelt und Verkehr / Dele-
gierte für die Romandie

Luisa Tringale, Projektleiterin Politikbereiche Migration
und Asyl, Partizipation

Anna Celio-Panzeri, Projektleiterin Politikbereiche Asyl,
Partizipation und Wirtschaft (bis Mai 2021)

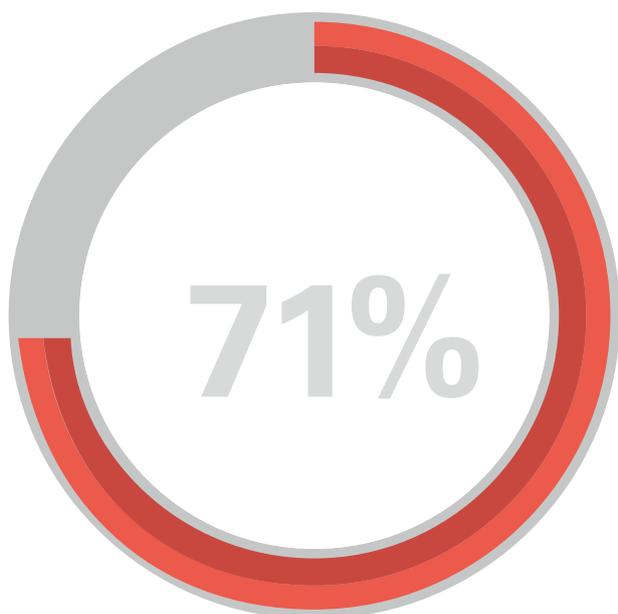
Philippe Blatter, Verantwortlicher Verbandskommuni-
kation (bis Juli 2021)

Martina Rieben, Layouterin «Schweizer Gemeinde»
(bis April 2021)

Andreas Müller, Projektpartner (bis Dezember 2021)

Revisionsstelle

Schönenberger Die Treuhänder AG, Muri bei Bern



Wir freuen uns sehr, dass sich 2021 folgende Gemeinden für eine Mitgliedschaft beim SGV entschieden haben:

Lumnezia (GR)
Malters (LU)
Ettiswil (LU)

Mitglieder (1.1.2022)

Kanton	Anzahl Gemeinden	Anzahl Mitglieder	Anteil Mitglieder
AG	200	142	71%
AI	6	4	67%
AR	20	19	95%
BE	338	245	72%
BL	86	69	80%
BS	3	2	67%
FR	126	89	71%
GE	45	32	71%
GL	3	3	100%
GR	101	78	77%
JU	53	22	42%
LU	80	50	63%
NE	27	14	52%
NW	11	11	100%
OW	7	7	100%
SG	77	67	87%
SH	26	24	92%
SO	107	98	92%
SZ	30	21	70%
TG	80	79	99%
TI	108	87	81%
UR	19	15	79%
VD	300	104	35%
VS	122	113	93%
ZG	11	8	73%
ZH	162	125	77%
Total	2148	1528	71%

Im Berichtsjahr verringerte sich die Anzahl Schweizer Gemeinden aufgrund von Gemeindefusionen von 2172 auf 2148. Die Mitgliederzahl verringerte sich von 1540 auf 1528, die Mitgliederquote beträgt 71 Prozent.

Stiftung SGV

Die Stiftung zur Förderung des Schweizerischen Gemeindeverbands SGV unterstützt auf Gesuch einer Mitgliedergemeinde Projekte, die für Gemeinden und Städte einen konkreten Mehrwert schaffen. Im Zentrum steht dabei ein nachhaltiger Effekt über die einzelne Gemeinde hinaus. Wichtig ist, dass die Projekte von verschiedenen Partnern mitgetragen werden. Einfache Restfinanzierungen oder eine Unterstützung bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben bleiben ausgeschlossen.

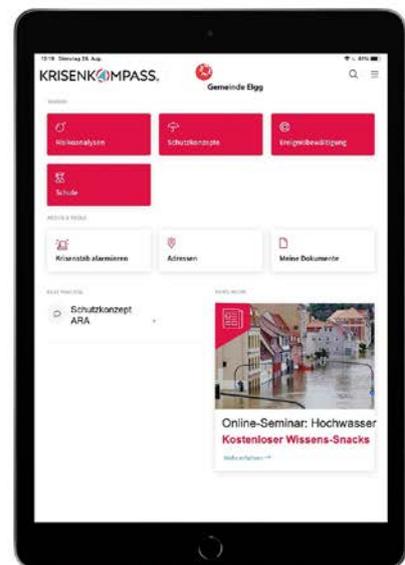
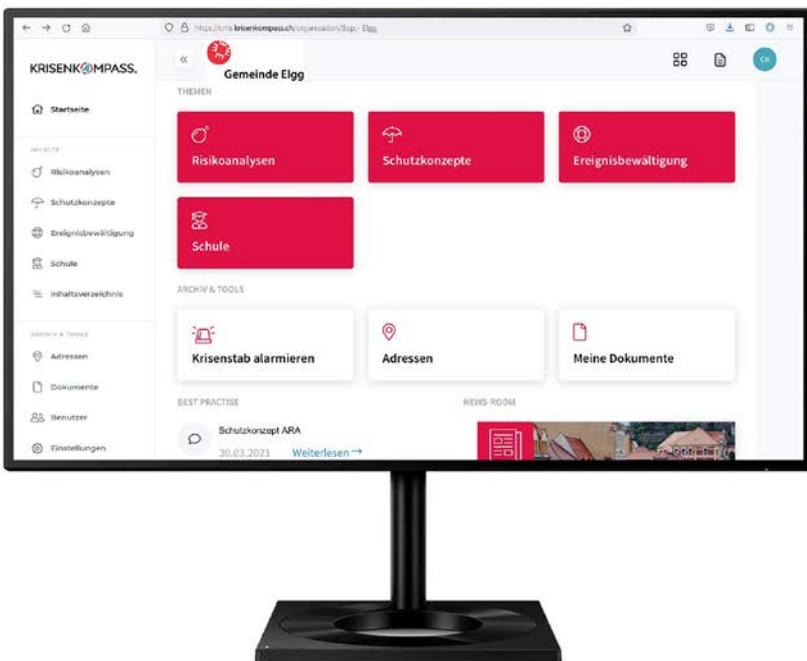
Entlang dieser Kriterien konnten im Jahr 2021 insgesamt drei Projekte gefördert werden. Mit dem «Krisenkompass» finanzierte die Stiftung erstens eine digitale Plattform mit, welche den Gemeinden und ihren Verantwortlichen in verschiedenen Krisenlagen relevante und exklusive Informationen in Form von Checklisten, Mustervorlagen und Leitfäden zur Verfügung stellt. Das Projekt wurde privat lanciert; das Gesuch eingereicht hat indes die Gemeinde Elgg ZH, welche die Plattform ebenfalls unterstützt.

Als Zweites unterstützte die Stiftung SGV den [digitalen Erfa-Austausch](#), welcher der SGV zusammen mit dem Verein «Myni Gmeind» als neues Kommunikations-Format seit zwei Jahren mit Erfolg betreibt. Einmal im Monat treffen sich am digitalen Stammtisch rund fünfzig Personen aus dem Gemeindeumfeld und diskutieren über aktuelle Herausforderungen rund um die Digitalisierung. Nun soll das

Format in die Westschweiz ausgedehnt und zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB) breiter aufgestellt werden. Eingereicht hat das Projekt die Stadt Wil SG.

Auch auf Gemeindeverwaltungen herrscht akuter Fachkräftemangel. Gegensteuer kann hier beispielsweise die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle geben. Ein solches Konzept weist gerade bei Frauen, die flexibel arbeiten möchten, besonders grosses Potential auf. Solche Ansätze unterstützt das Projekt [«Förderung gleichberechtigter Teilhabe an \(Kader-\) Positionen in Schweizer Gemeindeverwaltungen»](#), das von der Fachhochschule Nordwestschweiz lanciert worden ist. Einige Gemeinden beteiligen sich bereits heute am Vorhaben, so auch die Gemeinde Boniswil AG, welche den Antrag an die Stiftung gestellt hat. Die Stiftung folgte auch diesem Unterstützungsgesuch.

Schliesslich zu den Mutationen: Im Jahr 2021 konstituierte sich der Stiftungsrat neu. Unter dem Präsidium von Dr. Rudolf Grüniger konnten mit Ursula Schöpfer und Christian Zuber neue Stiftungsräte aufgenommen werden. Alle anderen Stiftungsratsmitglieder, Ständerat Hannes Germann, Claudia Hametner und Reto Lindegger, wurden in ihren Chargen bestätigt. Das Sekretariat führt Christoph Niederberger.



Quelle: SGV



JAHRES- RECHNUNG UND BILANZ

Quelle: Shutterstock

Erfolgsrechnung 2021 und Budget 2022

	Budget 2022 CHF	Rechnung 2021 CHF	Budget 2021 CHF	Rechnung 2020 CHF
Betrieblicher Ertrag	1'686'000	1'719'663	1'788'800	1'777'796
Ertrag Geschäftsstelle	1'358'500	1'380'185	1'401'300	1'436'701
Ertrag Zeitschrift	282'000	309'244	282'000	248'061
Provisions- und sonstige Erträge	45'500	31'605	105'500	93'034
Ertragsminderungen	0	-1'372	0	0
Direkter betrieblicher Aufwand	-260'000	-217'830	-278'000	-210'488
Aufwand Zeitschrift	-260'000	-217'830	-278'000	-210'488
Bruttogewinn	1'426'000	1'501'832	1'510'800	1'567'308
Übriger betrieblicher Aufwand	-1'478'000	-1'404'327	-1'589'500	-1'565'903
Personalaufwand	-1'064'500	-1'081'212	-1'112'000	-1'135'638
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-413'500	-323'115	-477'500	-430'266
Ergebnis vor Abschreibungen, Finanzerfolg, betriebsfremder und ausserordentlicher Erfolg	-52'000	97'505	-78'700	1'405
Abschreibungen / Wertberichtigungen	-5'000	0	-5'000	-6'609
Finanzertrag	6'000	14'681	6'000	4'759
Finanzaufwand	-4'000	-3'367	-4'000	-7'339
Finanzerfolg	2'000	11'314	2'000	-2'580
Projektertrag	60'000	-107'876	0	70'000
Projektaufwand	-38'000	124'227	0	-69'870
Gegenfinanzierte Projekte	22'000	16'351	0	130
Ausserordentlicher Ertrag	0	3'564	0	0
Ausserordentlicher Aufwand	0	-64'140	0	-13'088
Ausserordentlicher Erfolg	0	-60'576	0	-13'088
Jahresergebnis	-33'000	64'595	-81'700	-20'741

Bilanz per 31.12.

AKTIVEN	31.12.2021 CHF	31.12.2020 CHF
Flüssige Mittel	396'044	351'240
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	47'415	120'206
Kurzfristige Forderungen gegenüber staatlichen Stellen	2'947	5'443
Aktive Rechnungsabgrenzungen	39'286	31'326
Total Umlaufvermögen	485'693	508'214
Finanzanlagen	496'914	485'902
Total Anlagevermögen	496'914	485'902
TOTAL AKTIVEN	982'607	994'116
PASSIVEN	31.12.2021 CHF	31.12.2020 CHF
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24'598	26'368
Kurzfristige verzinsliche Verbindlichkeiten	300'000	300'000
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	5'718	6'604
Passive Rechnungsabgrenzungen	12'786	86'235
Total Fremdkapital	343'102	419'207
Verbandskapital	50'000	50'000
Freiwillige Gewinnreserven	524'909	545'650
Jahresgewinn / Jahresverlust	64'595	-20'741
Total Eigenkapital	639'504	574'909
TOTAL PASSIVEN	982'607	994'115

